



Inhaltsverzeichnis:

Seite

Öffentliche Ausschusssitzungen in der Woche vom 18. bis 22. Mai 2026	2
Bekanntgabe nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) über die Feststellung zur UVP-Pflicht für die Entnahme von Grundwasser im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Neubau Tiefgarage Ebertstraße 56 / Rheinstraße 49, Wilhelmshaven“	5

Herausgeber:

Stadt Wilhelmshaven – Der Oberbürgermeister
Rathausplatz 1, 26382 Wilhelmshaven

Öffentliche Ausschusssitzungen in der Woche vom 18. bis 22. Mai 2026

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt
Montag, 18.05.2026, 15:00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- Freigabe gesperrter Mittel
- Vorlagen an den Rat:
- Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung
- Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgesellschaft eG
- Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum
- Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS
- Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW
- Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien
- 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven
- Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
- Mitteilungen und Anfragen:
- Angelegenheiten des FB Finanzen
- Sachstand Klinikfusion

Nichtöffentlicher Teil:

- Vorlagen an den Rat:
- Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- Mitteilungen und Anfragen:
- Sachstand Klinikfusion

Rat
Mittwoch, 20.05.2026, 15:00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

Nichtöffentlicher Teil:

- Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
- Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat:
- Vorstellung der Bewerberin für die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten

Öffentlicher Teil:

- Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)
- Aktuelle Stunde
- Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
- Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten:
- Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat:
- Entsendung eines Vertreters in die Verbandsversammlung des Oldenburgisch-Ostfriesischen Zweckverbandes für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten
- Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Umbesetzung von Gremien und Ausschüssen
- Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat:
- Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt:
- Pakt für Kommunalinvestitionen - Mittelverwendung
- Entsendung eines Vertreters in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG
- Bereitstellung Planungskosten für die Erstellung eines Betriebsorganisationskonzeptes und eines Raum- und Funktionsprogrammes für das Zentralklinikum
- Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen:
- Antrag Ratsherr Brandt (SPD-Fraktion): Rückverlegung der Touristik-Information
- Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude:
- Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes GGS
- Erweiterung der Versicherungsleistung der städtischen Immobilien
- Verkauf Parkplatzfläche Gökerstraße 125
- Konzeptvergabe Gewerbefläche B-Plan 191 – Bauens / Memershausen
- Antrag CDU-Fraktion: Planungskosten Umbau/Instandsetzung Aula Oberschule Stadtmitte
- Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven:
- Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW
- Videoüberwachung an Wertstoffsammelplätzen
- Jugendhilfeausschuss:
- 14. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung Wilhelmshaven
- Schulausschuss:
- Startchancen-Programm - Verwendung der Fördermittel
- Antrag Gruppe WIN@WBV, Volt: Durchführung einer Elternbefragung zur Vorbereitung der Entscheidung über die Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule (IGS)
- Anträge:
- Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Sicherstellung der Informations- und Weisungsrechte des Rates gemäß § 138 NKomVG - Vorgänge in der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH
- Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Änderung der Geschäftsordnung des Rates

- Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Überarbeitung der Richtlinie über "Aufgaben und Verpflichtungen der städtischen Vertreter in Unternehmen und Einrichtungen"
- Antrag Gruppe "Gemeinsam BUNT": Einleitung und Sicherung einer städtebaulichen Neuordnung für die Fläche Ebertstraße / Virchowstraße / Rheinstraße
- Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss
Donnerstag, 21.05.2026, 15:00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- Sachstand neues Ratsinformationssystem
- Sachstand Digitalisierung
- Information zur Beschaffung eines neuen Dokumentenmanagementsystems [DMSI]
- Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

- Informationen zu "New Work"
- Mitteilungen und Anfragen

Bekanntgabe nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) über die Feststellung zur UVP-Pflicht für die Entnahme von Grundwasser im Zusammenhang mit der Baumaßnahme „Neubau Tiefgarage Ebertstraße 56 / Rheinstraße 49, Wilhelmshaven“

Die Bauhaven GmbH aus Wiefelstede hat am 08.04.2026 im Zusammenhang mit der o.a. Baumaßnahme einen Antrag nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) für die Entnahme von Grundwasser bei der Grundwasserabsenkung/Wasserhaltung im Bereich der Baugruben gestellt.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit der Ziffer 13.3.3 der Anlage 1 zum UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann.

Im vorliegenden Fall hat die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Gemäß § 5 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 5 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Feist
Oberbürgermeister